

Münsters Pflegevertreter kritisieren unehrliche Politik

Der Pflege reichs

Von Björn Meyer

MÜNSTER. Es ist noch gar nicht lange her, da war das Thema Pflege – Stichwort Notstand – beinahe allgegenwärtig. Es schien so, als gehe die Gesellschaft den lange stiefmütterlich behandelten Bereich an. Was hochrangige Vertreter der Pflege in Münster vor wenigen Tagen gegenüber der Redaktion äußerten, lässt jedoch nicht nur ganz andere Schlüsse zu, es klingt sogar wie eine Abrechnung mit der Politik. Ihnen fehle die Aufrichtigkeit der überregionalen Politik, sagen sie. Die Pflegevertreter haben daher beschlossen, mit ihren Sorgen in die Öffentlichkeit zu gehen. Für Mittwoch (25. Januar) hat das Bündnis „Starke Pflege Münster“ eine Kundgebung auf dem Prinzipalmarkt angekündigt.

„Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, vielleicht auch schon nicht mehr gegeben“, sagt Ulrich Watermeyer, Geschäftsführer der Diakonie Münster, im Bezug auf die Pflege. Immer häufiger müsse man den Menschen sagen, man habe nichts mehr frei. Auch Bernhard Sandbothe, Einrichtungsleiter des Achatius-Hauses und des Hauses Heidhorn der Alexianer, pflichtet dieser Beschreibung bei. „Es geht allen Trägern so, wir werden überrollt“, sagt Sandbothe und fügt zugleich an: „Dennoch ist das Thema öffentlich tot.“ Selbst wenn man aktiv versuche, mit Politikern ins Gespräch zu gehen, werde man vertröstet oder gar nicht erst angehört, so Sandbothe.

Die Vorwürfe an die Politik sind vielschichtig, einer aber ist im Gespräch mit den Pflegevertretern immer wieder zu hören. Es mangle an Ehrlichkeit seitens der Politik. Dabei erwarte man gar keine Wunder, sagt Sandbothe. Es gehe vielmehr darum, gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Wie die aussehen könnte, bringt Ulrich Watermeyer,



Vertreter der Pflege in Münster mahnen, dass sich die Politik der Pflege weder ehrlich noch zukunftsweisend annehme. Daher organisieren sie nun eine öffentliche Kundgebung auf dem Prinzipalmarkt.

Foto: dpa

der die Stadt Münster bezüglich der Vorwürfe ausdrücklich ausnimmt – „wir ziehen hier alle an einem Strang“ –, unumwunden auf den Punkt. Das Pflegeversicherungsgesetz müsse reformiert werden: „Es wird bald kollabieren“, prognostiziert Watermeyer. Auch gehe es darum, den Menschen zu sagen, dass Standards nach jetziger Lage sinken würden.

Alles, was zuletzt politisch beschlossen worden sei, betreffe ausschließlich den Eigenanteil der Menschen, den viele jetzt schon nicht tragen könnten, ergänzt Sandbothe.

Denke man in den bestehenden Strukturen, brauche es analog zur Klimaveränderung auch hier ein 1,5-Prozent-Ziel: „1,5 Prozent von allem mehr, um den Be-

darf bis 2050 zu decken“, sagt Roland Weigel, Koordinator des Bündnisses „Starke Pflege Münster“, das sich in Münster aus zahlreichen Akteuren gebildet hat. Mehr Einrichtungen, mehr Personal – doch das werde nicht funktionieren, glaubt Weigel beim Blick auf die demografische Entwicklung. Es brauche vielmehr ein völlig neues Denken. „Der Politik

geht es aber nicht um die Zukunft, es geht ihr immer nur darum, die Legislatur zu überstehen.“

Bei der Kundgebung am 25. Januar wollen die Pflegevertreter auch auf die „unsichtbaren Warteschlangen“ derer aufmerksam machen, die auf Pflege angewiesen seien und deren Angehörigen sich sowohl für Plätze im ambulanten Dienst als auch in stationären Einrichtungen die Finger wundtelefonieren. Die Politik ist übrigens, abseits einer Vertreterin der Stadt, an diesem Tag ganz bewusst nicht als Akteur eingeladen worden.

■ Die Kundgebung der Pflege startet am Mittwoch (25. Januar) um 13.30 Uhr vor St. Lamberti mit einem Auftritt der Band „The Dandys“. Um 14 Uhr beginnt das von Jochen Temme moderierte Bühnenprogramm, zu dem sich unter anderem mehrere Redner angekündigt haben. Gegen 15 Uhr soll ein Autokorso aus Fahrzeugen der ambulanten Pflegedienste auf dem Prinzipalmarkt eintreffen.

Nicht nur Fachkräfte fehlen

Fachkräftemangel – so lautet das prominenteste Problem der Pflege. Doch es fehle keineswegs nur an Fachkräften, sagt Ulrich Watermeyer, Geschäftsführer der Diakonie Münster. Er verweist darauf, dass dies auch ein hausgemachtes Problem in Deutschland sei. So sieht Watermeyer sehr wohl die Möglichkeit, kurzfristig Arbeitskräfte

im Ausland zu gewinnen, die, aufgrund der sprachlichen Barrieren, erst mal die einjährige Ausbildung zur Pflegefachassistentin absolvieren könnten. In der Realität würden bürokratische Hürden etwaige Vorgänge allerdings verschleppen. Das sei aber erst der Anfang des Problems, denn das eine Jahr Ausbildung reiche nicht, um danach eine Aufent-

haltsgenehmigung zu erhalten. Wohlgedemerk: Man rede von motivierten Arbeitskräften, mit denen man auch in jüngster Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht habe und die helfen würden, auch wenn sie eben Zeit benötigten, so Watermeyer, der sich auch im Bereich Dokumentation eine Entschlackung der Bürokratie wünscht. **bm**

| **Kommentar**